



Auftakt zur heißen Phase in Saarbrücken: Kämpferische Stimmung wie schon in Frankenthal und Frankfurt

NACH DRITTER RUNDE OHNE ANGEBOT UND NACH ENDE DER FRIEDENSPFLICHT:

Jetzt gibt's Druck!

Erneut dreimal Nein zu unseren Forderungen. Wieder kein Angebot. Statt dessen eine weitere unverschämte Gegenforderung. Die Arbeitgeber haben am 27. März auch die dritte Verhandlung in der Friedenspflicht ungenutzt verstreichen lassen. Diese Blockade gilt es zu durchbrechen. Dafür machen wir ab 29. März, null Uhr, mit Warnstreiks Druck.

Die Stimmung steht auf Gegenwehr. Das haben unsere Auftaktveranstaltungen der letzten Woche in Frankenthal, Frankfurt und Saarbrücken eindrucksvoll gezeigt. Jeweils 700 waren in Rheinland-Pfalz und Hessen in die Hallen gekommen, um das Signal zu geben: Metallerrinnen und Metaller sind kampfbereit.

Im Saarland waren rund 5000 bei Demo und anschließender Kundgebung. Darunter zirka 2000 ver.di-Mitglieder, um zu demonstrieren: Unser Kampf ist ein gemeinsamer. Das gilt vor allem mit Blick auf die unverschämten Gegenforderungen der Arbeitgeber sowohl in der Metallindustrie als auch im Öffentlichen Dienst. Die Metall-Arbeitgeber haben in der dritten Runde wiederholt:

- Sie wollen Tarifleistungen wie Weihnachts- und Urlaubsgeld betrieblich kürzen können.
- Bei Neueinstellungen sollen die Beschäftigten unbezahlt länger arbeiten.
- Für Beschäftigte in „produktionsfernen“ Bereichen soll es einen Extra-Tarifvertrag mit niedrigerer Bezahlung geben.

● Für ihr Nichtangebot wollen sie eine zweijährige Laufzeit.

● Und – das war die neue Unverschämtheit: Sie verlangten, die Übernahmeverpflichtung für fertig Ausgebildete soll weg. In Kassel und Ludwigshafen/Frankenthal lösten die Provokationen der Arbeitgeber noch während der Verhandlung spontane Protestaktionen innerhalb und außerhalb von Betrieben aus. Mehr als 1000 Metallerinnen und Metaller beteiligten sich. Und ab 29. März, null Uhr, wird nicht mehr nur protestiert, dann werden Metallerinnen und Metaller im ganzen Bezirk zu dem Mittel greifen, das die Arbeitgeber am besten verstehen: Zu Warnstreiks, die richtig wehtun.

ZUR SACHE

Liebe Kolleginnen,
liebe Kollegen,



der Skandal ging auch in der dritten Verhandlung weiter: Die Arbeitgeber haben ein Angebot in der Friedenspflicht verweigert. Wer Verhandlungen so ungenutzt verstreichen lässt, will die Kraftprobe. Wir werden ihr nicht aus dem Weg gehen. Es geht um die Durchsetzung unserer Forderungen. Es geht aber auch um die Abwehr der unverschämten Gegenforderungen der Arbeitgeber.

Mit betrieblichen Öffnungen wollen sie Betriebsräte und Belegschaften erpressbar machen. Die Wählerinnen und Wähler haben diesen Angriff auf unsere Flächentarifverträge bei der Bundestagswahl durch Absage an Schwarz-Gelb abgewehrt. Jetzt lassen wir uns den Schutz der Tarifverträge nicht von den Arbeitgebern kaputt machen. Warnstreiks sind Notwehr.

Die Stimmung in unseren Auftaktveranstaltungen für die heiße Phase hat gezeigt: Ihr lasst Euch nicht am Nasenring durch die Manege führen. Wir wissen uns zu wehren, wenn die Arbeitgeber eine friedliche Lösung am Verhandlungstisch blockieren. Ich bin sicher: Ab 29. März, null Uhr, gibt's Warnstreiks. Die Arbeitgeber wollten es so, also werden sie es auch so bekommen.

Euer Armin Schild



Bezirk
Frankfurt

Aushang an alle Metallerrinnen und Metaller

Die Friedenspflicht in der Metall- und Elektroindustrie wird nach drei erfolglosen Verhandlungen am 28. März, 24 Uhr, ablaufen. Die Arbeitgeber haben ein Angebot vor Ablauf der Friedenspflicht verweigert. Statt dessen haben sie auf unsere Forderungen nach einer Erhöhung der Löhne, Gehälter und Ausbildungsvergütungen um fünf Prozent mit einer Laufzeit von zwölf Monaten, nach Neuabschluss des Tarifvertrags Vermögenswirksame Leistungen sowie nach einem Tarifvertrag Innovation und Qualifizierung mit unverschämten Forderungen geantwortet. Sie verlangen eine betriebliche Öffnung der Tarifverträge für Kürzungen tariflicher Leistungen. Neueinstellungen wollen sie sich von den Beschäftigten mit Arbeitsplatz vernichtenden Verlängerungen der Wochenarbeitszeit ohne Lohnausgleich bezahlen lassen.

Für Beschäftigte in so genannten produktionsfernen Bereichen verlangen sie einen Extra-Tarifvertrag mit niedrigerem Entgelt und längerer Arbeitszeit. Von Zugeständnissen in diesen Punkten machen die Arbeitgeber ein Angebot für eine Tariferhöhung abhängig. Nach Ende der Friedenspflicht müssen wir für unsere Forderungen und für die Abwehr der Gegenforderungen mit Warnstreiks den Druck auf die Arbeitgeber erhöhen.

Die Warnstreiks der IG Metall sind

rechtmäßige Kampfmaßnahmen

Warnstreiks, Demonstrationen und Kundgebungen,
zu denen die IG Metall aufruft, sind

zulässig.

Diese Streiks verstoßen nicht gegen den Arbeits- oder Ausbildungsvertrag.

Wer sich beteiligt,

- handelt rechtmäßig,
- ist solidarisch mit seinen Kolleginnen und Kollegen,
- kämpft für die berechtigten Forderungen der IG Metall.

Unsere Forderungen können wir nur durchsetzen, wenn wir dafür kämpfen!